

Buchbinder-Zeitung

Organ des Deutschen Buchbinder-Verbandes

Ersteinst Sonntags.
Bezugspreis vierteljährlich 1.50 RM.
ohne Postgebühren. Nur Post-
bezug. B. Stellung bei allen Postäm-
tern. Geschäftsstelle Berlin S. 59,
Urbanstr. 69 I. Fernr.: Wppl. 8658.

Wingelgenpreis
die viergespaltene Beilage 90 Pf.,
für Verbandsmitglieder 60 Pf.;
Steuerangebots 60 Pf.; Beram-
lungsanzeigen n. 30 Pf. Der Win-
gelgenpreis ist vorher zu entrichten.

Nr. 47.

Berlin, den 17. November 1918.

84. Jahrgang.

Brot und Freiheit.

Deutschland hat in den letzten Wochen ungeheure Umwälzungen durchgemacht. Es wird wahrscheinlich eine Republik werden bzw. bleiben, mindestens ist aber seine Demokratisierung nicht mehr rückgängig zu machen, wenn das deutsche Volk sich seiner neu-erwonnenen inneren Freiheit würdig erweist und sie klug zu benutzen versteht. Deutschland bildete als Staatswesen einen ganz einzigartigen Typ unter den Staaten der Welt; es war ein einiges Kaiserreich, das innerhalb seiner Grenzen noch 22 Fürsten beherbergte, die eine mehr oder minder mittelalterliche landesväterliche Gewalt ausübten; eine Gewalt, die mit dem modernen Empfinden im schreienden Widerspruch stand.

Wir haben von jeder der Meinung zugeneigt, der übrigens auch Bebel mehrfach Ausdruck gegeben hat, daß kein wesentlicher Unterschied zwischen einer kapitalistischen Republik und einer konstitutionellen Monarchie besteht, ja daß in einer Bourgeoisrepublik die Ausbeutungsmethoden zuweilen noch rücksichtsloser ausgeübt werden und die Arbeiter noch mehr des gesetzlichen Schutzes entbehren als in einer Monarchie. Siehe Nordamerika mit seinem raffinierten Kapitalismus und seiner so gut wie ganz fehlenden Arbeiterschutzgesetzgebung und im Vergleich dazu das bisher monarchische Deutschland mit seiner vergleichsweise hochentwickeltesten Arbeiterschutz- und Arbeiterversicherungsgesetzgebung; die Hauptsache ist immer eine kräftig gedeihende Arbeiterbewegung. Warum sich gerade in Deutschland die Arbeiterbewegung viel kräftiger und zielklarer als in Amerika entwickelte, hier zu untersuchen, würde zu weit führen.

Keine Geringeren als Karl Marx und Friedrich Engels haben immer vor der Uebersehung abstrakt politischer Freiheiten gewarnt, da sie unter Umständen die Freiheit zum Hungern oder Verhungern bedeuten könnten. Erst die wirtschaftliche Macht gäbe den Arbeitern Brot und auch wirkliche Freiheit. Deshalb sagen wir mit Vorbedacht: Erst Brot, dann Freiheit!

Damit wollen wir jedoch keineswegs die echte politische Freiheit verachten, zumal sie bei richtiger, vernünftiger und kluger Anwendung sehr wohl ein Hebel zur wirtschaftlichen Freiheit und damit eine Triebkraft kultureller Hebung der ganzen Arbeiterklasse sein kann. Wir schlagen deshalb auch die jetzt gewonnenen politischen Freiheiten nicht gering an. Gerade deswegen muß man zu verhindern suchen, daß nicht unverständige Schwärmer sich ihrer bemächtigen und so bedienen, daß sie gefährdet werden und gar wieder ganz verloren gehen können. Zunächst finden sie ihre Stütze in den Arbeitermassen der Großstädte, denn das, was sich jetzt von den anderen Klassen zu ihnen anscheinend bekennt, tut das unter dem Zwang der Verhältnisse und dem Wunsch, unter allen Umständen zum Frieden zu kommen, ist aber noch nicht als lauterer Ueberzeugung erprobt worden. Nicht zu vergessen des flachen Landes, wo das monarchische Gefühl noch sehr wurzelt, denn auf diese Kreise kommt es in allererster Linie bei der so überaus wichtigen Lebensmittelversorgung an. Sie zu einer gewissen freiwilligen Mitarbeit an dem neuen Deutschland zu gewinnen, muß daher unsere vornehmste Sorge sein. Um so mehr stimmen wir den durchaus verständigen Worten des neuen sozial-

demokratischen Reichszanlers Ebert in seinen beiden Aufrufen vom 9. November zu, die da lauten:

„Mitbürger! Ich bitte Euch alle um Eure Unterstützung bei der schweren Arbeit, die unser hart! Ihr wißt, wie schwer der Krieg die Ernährung des Volkes, die erste Voraussetzung des politischen Lebens, bedroht. Die politische Umwälzung darf die Ernährung der Bevölkerung nicht stören. Es muß die erste Pflicht aller in Stadt und Land bleiben, die Produktion von Nahrungsmitteln und ihre Zufuhr in die Städte nicht zu hindern, sondern zu fördern. Nahrungsmittelnot bedeutet Plünderungen und Raub, mit Elend für alle! Die Ärmsten würden am schwersten leiden, die Industriearbeiter am bittersten getroffen werden. Wer sich an Nahrungsmitteln oder sonstigen Bedarfsgegenständen oder an den für die Verteilung benötigten Verkehrsmitteln vergreift, ver-sündigt sich aufs schwerste an der Gesamtheit.“

Ich weiß, daß es vielen schwer werden wird, mit den neuen Männern zu arbeiten, die das Reich zu leiten unternommen haben, aber ich appelliere an ihre Liebe zu unserem Volke. Ein Verlangen der Organisation in dieser schweren Stunde würde Deutschland der Anarchie und dem schrecklichsten Ende ausliefern.“

Das ist die richtige Art, alle die guten Willens sind, dem Volke und dem Vaterlande zu dienen, zur Mitarbeit heranzuziehen. Wir haben uns früher oft genug und mit Recht beschwert, wenn man die Arbeiter nicht als vollberechtigte Mitarbeiter im Dienste der Gesamtheit gelten lassen wollte. Wir haben immer erklärt: Auch wenn wir den Bourgeoisstaat noch so scharf bekämpfen, so verlangen wir trotzdem überall, wo es Volksinteressen zu vertreten gibt, die Möglichkeit unserer Mitwirkung; daher fordern wir volle Meinungs- und das gleiche Wahlrecht für beiderlei Geschlechter zu allen Parlamenten und Vertreterperschaften.

Es stände uns schlecht an, nun, nachdem die Macht in unsere Hände gelangt ist, Andersgesinnten die freie Meinungsäußerung verwehren zu wollen. Denn damit gäben wir jenen nachträglich recht, die uns früher oft vorgeworfen, wir terrorisierten andere selbst, wenn wir in der Macht sitzen würden. Uns ist ein monarchisch gesinnter Mann, der es auch jetzt noch wagt, seiner Ueberzeugung freimütig Ausdruck zu geben, zehnmal lieber als ein Sterk, der bisher vor jedem Fürsten seine Krakflüge machte und nun plötzlich mit roter Blume im Knopfloch seine unverfälschte demokratische Ueberzeugung zur Schau trägt.

So sehr wir auch wünschen, daß der Nichtigkeitsstreit zwischen den beiden sozialdemokratischen Parteien ruhen und eine Einigung zwischen beiden zum Zwecke gemeinsamen Arbeitens zur Organisierung des neuen Staates stattfinden möge, und so sehr wir es daher auch begreifen, daß beide Teile, um dazu zu kommen, nachgeben müssen, so bedenklich halten wir die angenommene Bedingung der Unabhängigen, wonach die Einberufung einer konstituierenden Versammlung verschoben wird. Ganz abgesehen davon, daß dadurch das demokratische Prinzip gründlich verletzt wird, wird eine nicht genügend durch den ausgesprochenen Willen des Volkes beauftragte Regierung im Auslande keinen Kredit haben, wodurch uns die Handelsbeziehungen mit anderen Ländern außerordentlich erschwert werden. Wir wünschen daher, daß dies Provisorium nur ganz kurze Zeit dauern möge. Denn was das Abschneiden Deutschlands vom

überseeischen Verkehr bedeutet, hat doch wohl der Krieg jedem zur Genüge gelehrt. Neben den vom Auslande sonst bezogenen Rohstoffen für die Industrie, kamen für die Volksernährung im Jahre 1913 rund 8 Milliarden Mark an Lebensmitteln und 1 Milliarde Mark für Futtermittel, die wir vom Auslande bezogen haben, in Betracht. Eine solche Zufuhr war nur möglich, indem Deutschland dagegen entsprechende Mengen an Industrieerzeugnissen aus-führte und auch sonst sein Kredit ein guter war. Eine Regierung, die aber ihren Kredit bloß auf Arbeiter- und Soldatenräte begründen wollte, würde bald ihr blaues Wunder erleben. Die deutschen Zahlungsmittel, die noch mehr als in der Vergangenheit in der Zukunft in Papiergeld und Wechseln bestehen werden, werden unter derartigen Umständen fast gar jedes Kaufvermögen sein.

Man tröste sich nicht etwa mit der schwankenden Hoffnung, in England, Frankreich und Italien werden ähnliche revolutionäre Umwälzungen wie in Rußland und Deutschland vor sich gehen. In England sicher nicht, denn England wird mit einem ungeheuren Machtzuwachs aus diesem Kriege hervorgehen, die Rohstoffquellen und Absatzgebiete der ganzen Welt werden ihm zur Verfügung stehen, seine Industrie wird wahrscheinlich eine ungeahnte Blütezeit vor sich haben und imstande sein, gute Löhne an die Arbeiter zu bezahlen; die Arbeiterschaft wird verhältnismäßig zufrieden mit ihrem Lose sein, und eine solche Arbeiterschaft macht keine Revolution, zumal die englische Arbeiterschaft seit der Charistenbewegung in den vierziger Jahren des vorigen Jahrhunderts keine revolutionären Annäherungen mehr gehabt, sondern immer gemeinsam mit der englischen Bourgeoisie an einem Strang gezogen hat, wenn es sich um englische Interessen handelte. Bei den französischen Arbeitern wären revolutionäre Annäherungen schon eher möglich, weil Frankreich, selbst wenn es Elsass-Lothringen gewinnt, einen fürchterlich hohen Preis an Blut und Gut dafür bezahlt hat, aber sonst keine bedeutenden, der Arbeiterschaft fühlbaren Vorteile davontragen wird, mag es auch in Syrien von der Türkei namhafte Landgebiete erobern. Wahrscheinlicher sind revolutionäre Zustände in Italien, wenn die ermatteten Hunderttausende zurückkehren und das wirtschaftliche Leben zerrüttet finden, am ehesten noch zu erwarten.

Ob uns revolutionäre Erhebungen der Arbeiterklasse in anderen Ländern überhaupt etwas nützen können, steht dahin. Die in Rußland hat uns jedenfalls nur insofern genützt, als Deutschlands militärische Bedrohung im Osten dadurch hinfällig wurde, sonst hat sie uns aber keinen Segen gebracht.

Gewiß böten revolutionäre Erhebungen in Frankreich und England die Möglichkeit, die grausamen Waffenstillstandsbedingungen zu mildern, die uns einen Vorgeschnad auf die Friedensbedingungen geben und die geradezu ein Dohn auf den zukünftigen Völkerverbund sind. Aber diese Hoffnung wird leider eine trügerische sein. Die Waffenstillstandsbedingungen treffen unsere Volkswirtschaft bis ins Mark. Sie waren jedoch von Regierungen, denen ein Clemenceau, ein Lloyd George vorsteht, zu er-marteten. Diejenigen Kollegen, die sonst über unsere „sozialpatriotische“ Stellung den Stab gebrochen haben, werden es nun wohl eher begreifen, weshalb wir für die Vaterlandsverteidigung eingetreten sind. Sollte das aber noch nicht der Fall sein, so werden ihnen leider die nächsten Monate schon lehren, was

ein verlorener Krieg bedeutet und wie sehr gerade die Arbeiterklasse davon betroffen wird.

Deutschland geht einer trüben Zukunft entgegen. Sie kann nur dadurch leichter werden, wenn alle Volksschichten zu neuem wirtschaftlichen Leben geweckt und organisiert werden. Der Terror, der Zwang, die Entrechtung wird das nicht zu vollbringen vermögen, sondern nur die Weckung des Pflichtbewußtseins in allen Volksschichten, daß jeder an seinem Teile an dem Wiederaufbau Deutschlands teilzunehmen hat. Selbstverständlich haben sich auch die Anhänger der alten Ordnung zu fügen, wie sie früher von uns verlangt haben, sich ihren Gesetzen zu fügen.

Der politische und wirtschaftliche Wiederaufbau Deutschlands wird die höchsten Anforderungen an unser Organisations-talent stellen. Nicht die besten Volkserbener, nicht die wortgewaltigsten Versammlungshelden werden die besten Baumeister sein, sondern diejenigen, welche möglichst viel von wirtschaftlichen und geschäftlichen Dingen verstehen. Und es wird daher an dem arbeitenden Volke liegen, bei allen Wahlen sich ihre Erstanten hierauf anzusehen.

Und die Gewerkschaftsmitglieder sollten sich dabei erinnern, daß von wirtschaftlichen Dingen ihre Angestellten und Funktionäre meistens mehr verstehen als manche Helben der Versammlungs-tribünen. Wir sagen das nachdrücklichstens deswegen, weil es wahr ist, und zweitens deshalb, weil auch unter der Herrschaft der Arbeiter- und Soldatenräte manche guten Leute, aber schlechte Rufflauten, sich noch immer nicht den Unfug verweifen können, die Ausschaltung der Gewerkschaftsangehörigen grundsätzlich zu verlangen. Folgen die Arbeiter diesen falschen Propheten, so wird es zu ihrem eigenen Schaden ausschlagen, wenn sie ihre eigenen Sachverwalter zu Menschen minderen Ranges im Zeitalter der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit Herabwürdigen lassen.

Wort tut dem hungrigen Volke vor allem not, die Freiheit soll uns helfen, es dem Volke zu verschaffen!

Jetzt ist die rechte Werbezeit für den Verband.

Niemals ist die Zeit günstiger gewesen für die Hervorhebung der Parole: Alle Mann hinein in den Verband! Mehrere Bahnhöfe haben das schon begriffen, indem sie in eine rege Werbearbeit eingetreten sind und dabei ganz ungewöhnliche Erfolge erzielt haben.

Freilich, wer zu Hause hocken bleibt und wartet, bis die neuen Mitgliedercharren angeströmt kommen, der wartet schließlich lange und vergeblich warten können.

Durch dessen Gehirn niemals ein Gedanke schöpferischen Vollbringens frömte, der wird auch in dieser gährenden und auftrittenen Zeit kaum das nötige Verständnis und Können aufbringen, neue Massen dem Verbände zuzuführen.

Die Tatsachen selbst predigen mit feurigen Zungen, und ihr braucht sie nur richtig den unorganisierten Kollegen und Kolleginnen vor Augen zu führen. Der politische Freiheit muß die wirtschaftliche folgen. Nicht mehr vermag ein gewalttätiges Unternehmertum, wie in Lahe und ähnlichen Gegenden, die Arbeiterchaft in eine Art Hörigkeitsverhältnis festzuhalten. Mußt der Kollegenchaft überall zu: Wollt ihr frei sein, so seid ihr frei!

Sagt ihnen aber auch unverblümt: wer jetzt seinen Anschluß an den Verband verjährt, der begibt sich seiner Rechte und Vorteile, die ihm aus der Zugehörigkeit zur gewerkschaftlichen Organisation erwachsen werden — einmal der Einwirkung auf die Arbeitsverhältnisse und des Anspruchs auf die Unterstützungseinrichtungen aller Art, des anderen der gesetzlichen Rechte auf staatliche und kommunale Unterstützung, des Wahlrechts zu Arbeitskammern, Arbeiterversicherungs-körperschaften und ähnlichen Einrichtungen, bei denen die Zugehörigkeit zur Gewerkschaft zukünftig jedenfalls ausschlaggebend sein wird.

Die Zeit ist vorbei, wo man auf die Unorganisierten eine besondere Rücksicht zu nehmen brauchte. Wer nicht mit läßt will, der soll auch nicht mit ernten. Das sagt ihnen eindringlich und gibt ihnen nachmals Gelegenheit, ihren Fehler gut zu machen und dem Verbände beizutreten.

Wir werden unserseits Obacht geben, wo und wie man diese unsere Mahnung befolgt hat und werden zur gegebenen Zeit darüber berichten.

Alle Kollegen und Kolleginnen, auf zur Werbearbeit für den Verband!

Verhaltensregeln für unsere Mitglieder.

Wir wollen und werden unseren Kollegen und Kolleginnen nicht vorschreiben, wie sie sich politisch zu verhalten haben. Sie wollen jedoch bedenken, daß in allen gewerkschaftlichen Dingen für sie unsere Verbandsgesetze gelten, wie sie im Statut niedergelegt und im Handbuch des näheren erläutert worden sind.

Das gilt besonders auch in Klassenangelegenheiten. Alle Verbandsgelder gehören dem Verbände, d. h. der Gesamtheit der Verbandsmitglieder und nicht einem einzelnen. Sowohl der Verbandsvorstand und der Verbandsassessor, als auch jede einzelne Gau- oder Ortsverwaltung und deren Kassierer sind bei der Verfügung über Verbandsgelder an das Verbandsstatut gebunden, und kein Arbeiter- und Soldatenrat vermag sie davon zu entbinden, hat das Recht, etwas anderes von ihnen zu verlangen.

Wir sagen das insbesondere deshalb, weil aus einer großen Stadt gemeldet wird, es sei dort im Arbeiter- und Soldatenrat die Meinung getagt: die Gewerkschaftsgelder gehören der Allgemeinheit, denn es sind Arbeitergroschen. Diese Ansicht ist grundfalsch! Denn gerade, weil die Verbandsgelder Arbeitergroschen sind, darf man sie unter keinen Umständen denen entziehen, welche sie gesammelt haben.

Sagt Euch nicht irreführen, Kollegen und Kolleginnen! Weist jeden derartigen Versuch entschieden zurück und meldet ihn unverzüglich dem Verbandsvorstande, der dann die nötigen Schritte sofort tun wird.

Kaufkraft und Geldentwertung.

Die Kaufkraft des Geldes ist rapid gesunken. Diese Tatsache wäre für unsere allgemeine Volkswirtschaft nicht von Bedeutung, wenn die Teuerung in gleicher Weise alle Gegenstände erfaßt und wenn jeder Einwohner eine vermehrte Einnahme im gleichen Verhältnis zu verzeichnen hätte. Dann würde unsere Volkswirtschaft nur größere Umlaufmittel gebrauchen, und obwohl der Nennwert aller Güter sich bedeutend erhöht hätte, so wäre doch der Sachwert der Güter geblieben, die allgemeine Kaufkraft hätte sich weder erhöht noch vermindert. Unter solchen Umständen wäre jede Teuerung leicht zu ertragen. Denn sie wäre bloß eine scheinbare und äußerte sich nur in höheren Preisen, die aber für die Menschen erträglich und gegenüber dem früheren Zustand belanglos wären, weil ihre schädliche Wirkung durch entsprechend verstärkte Kaufkraft, also durch erhöhte Einnahmen ausgeglichen würde.

Leider ist dem nicht so. Der Unterschied zwischen Preis und Einnahme hat sich für viele demnach verschlechtert, daß sie diesen Zustand als unerträglich empfinden und daß viele Volksschichten hart am Rande ihrer Existenzmöglichkeit angelangt sind.

Die heutige große Geldentwertung wird in der Hauptfache dadurch verursacht, daß das Reich als Käufer auftritt. Vor allem ist es der enorme Kriegsbedarf, der eine sich wellenförmig entwickelnde Preissteigerung hervorgerufen hat. Anfänglich war diese Preissteigerung nur auf den unmittelbaren Kriegsbedarf, auf Waffen, Munition und sonstiges Kriegsmaterial beschränkt, denn diese waren in erster Linie die vom Reich in starker Weise begehrten Güter. Bald aber erfaßte die Preissteigerung immer weitere Gegenstände, sie dehnte sich aus auf die von den Lieferanten begehrten Rohstoffe und Hilfsstoffe, erhöhte hier die Kaufkraft und zog damit immer neue Erzeugerguppen in den Strudel der Preissteigerung. Damit stellte sich auch eine bedauerliche Preissteigerung für verschiedene Lebensmittel ein. Trotzdem blieben zunächst noch viele Arten von Lebensmitteln von der Preissteigerung fast gänzlich unberührt. Erst später — dann aber auch um so stärker — überstürzte die Welle der Preissteigerung alle Lebensmittel und endlich dehnte sie sich auf alle Bedarfsartikel aus. Heute gibt es keinen einzigen Gegenstand mehr, der nicht im Preise bedeutend gestiegen wäre. Jeder, der etwas zu verkaufen hat, will über Gebühr daran profitieren. Schon die sogenannten Höchstpreise sind

darauf zugeschnitten. Ein wahnsinniger Launel nach Buherverdienst hat weite Kreise ergriffen. Die größere Entwertung des Geldes hat aber die allgemeine Kaufkraft des Volkes nicht in der gleichen Weise erhöht, sie ist in völlig ungleichmäßiger Weise erfolgt, und wenn auch heute die Teuerung eine gewisse Gleichmäßigkeit insofern aufweist, daß sie sich auf alle Bedarfsgegenstände erstreckt, so haben damit die Einnahmen weiter Volksschichten bei weitem nicht gleichen Schritt gehalten. Die Warenverkäufer können allerdings nicht klagen, daß sie trotz der starken Geldentwertung geschädigt seien, ja sie machen vielfach sogar ein relativ besseres Geschäft als in Friedenszeiten, d. h. der von ihnen erzielte Profit stellt sich im Verhältnis bedeutend höher als die größere Ausgabe für den Eigenbedarf.

In diesem Sinne spricht man heute von Kriegsgewinnen. Zu ihnen kann man die Landwirtchaft, die Kriegsbedarfsindustrie und die Schleihändler in erster Linie rechnen, in zweiter Linie fast ausnahmslos alle anderen Geschäfte, vom Schuhhändler, Kohlenhändler und Kleinframhändler bis zum Möbelgeschäft oder Robewarengeschäft ein groß. Wo sich aber größere Profite bilden, muß auch naturgemäß ein leidender, ein in seiner Kaufkraft stark behemmter Teil sein. Und den stellt die große Masse der Verbraucher, die Arbeiterchaft, die Beamten, die Privatangestellten und die nicht für den unmittelbaren Bedarf produzierenden Berufe. Diese Volksschichten haben unter der entstandenen Geldentwertung ganz enorm zu leiden, weil bei ihnen der Erlös aus ihrer Ware Arbeitskraft mit der rapid hochgeschmolzenen Teuerung bei weitem nicht gleichen Schritt gehalten hat. Nur schüchtern und vielfach unter starkem Widerstreben der Produzenten und Unternehmer folgten hier bescheidene und verhältnismäßig fast belanglose Lohn-erhöhungen der stetig wachsenden Teuerung. Die Folge ist eine unmerkliche große Notlage, ein starkes Herabdrücken der Kaufkraft in den Volksschichten, die nichts weiter als ihre Arbeitskraft zu verkaufen in der Lage sind. . . .

Durch diesen ungesunden Gang der Entwicklung, den weite Kreise im Interesse des Landes zu hemmen vergeblich bemüht waren, weil die Partei der Kriegsverdiener die stärkere und einflussreichere ist, ist die Wirkung der Geldentwertung ebenso ungleich wie bedenklich geworden. Es erscheint vollkommen ausgeschlossen, daß sie sich in der Zukunft für alle Zweige der Bevölkerung durch entsprechend höhere Einnahmen ausgleicht. Solange der Krieg dauert, wird es bei dem ungleichen Zustand bleiben. Daß er über den Krieg hinaus dauernden Bestand haben wird, erscheint tröstlicherweise ausgeschlossen. Die Entstehung der heutigen Geldentwertung ist auf die durch den Krieg erzeugte allgemeine Notlage und nicht zuletzt auf das zusätzliche Geld zurückzuführen, das das Reich seit Kriegsbeginn in großen Massen in den Verkehr bringt, ohne seinerseits Äquivalente zu schaffen. Die Menge des Geldes und der Mangel an Produkten sind die Ursachen der Teuerung, der Geldentwertung. Dieser ungesunde Zustand wird und muß nach der Liquidierung des Krieges allmählich zurückgehen. Ueber das Tempo der Wiederkehr erträglicherer Verhältnisse läßt sich natürlich nichts voraussagen, ja, es wird beweielt, daß jemals ein völliger Ausgleich gegen früher sich einstellen wird.

Für die Arbeiterklasse ergibt sich daraus die Ruhanwendung, daß sie, die durch die heutige Geldentwertung mit am stärksten in Mitleid und Not geraten ist, mit aller Kraft danach streben muß, nach Friedensschluß einen völligen Ausgleich im Warenpreise und Arbeitslohn anzustreben. Sie vollbringt damit ein großes Stück Kulturarbeit und stellt die Verhältnisse im Saate wieder auf eine gesündere Basis. Daß sie bei dieser Kulturarbeit dann vielen Anfeindungen ausgesetzt sein wird, kann schon jetzt als bestimmt vorausgesagt werden. Darum wird sich aber die Arbeiterchaft wenig kümmern. Gestützt auf ihre Gewerkschaften wird sie den Weg verfolgen, der zur Gesundung der Arbeiterklasse und der Volkswirtschaft und damit zum Kulturhaute führt. Wenn es noch nicht möglich ist, die Ausbeutung selbst zu beseitigen, so muß als Stappe auf diesem Wege die Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft auf erträglichere Bahnen geführt werden. Dazu sind in erster Linie die Gewerkschaften berufen und wir dürfen nie verfehlen, sie stark zu erhalten und in jeder Weise von neuem zu kräftigen, daß sie das gesteckte Ziel um so sicherer und schneller erreichen.

Aus unserem Beruf.

Arbeitslosenstatistik. Bei der Berichterstattung an das Statistische Amt über die Arbeitslosigkeit unter den Mitgliedern der deutschen Fachverbände wurden an dem für den Monat Oktober in Betracht kommenden Stichtag — dem 26. Oktober — durch unsere Organisation in 102 berichtenden Gauen und Zahlstellen mit 5856 männlichen und 16 146 weiblichen, zusammen 22 003 Mitgliedern, 17 männliche und 153 weibliche am Ort befindliche, sowie ein weibliches durchreisendes, insgesamt also 172 arbeitslose Mitglieder festgestellt.

Die Verwaltungen der Zahlstellen in Aachen, Genua, Kiel, Lahr i. W., M.-Gladbach und Weiskirchen haben trotz erfolgter Mahnung die Verzeichnisse nicht eingesandt, so daß diese sechs Zahlstellen mit zusammen 81 männlichen und 108 weiblichen Mitgliedern an dem Ergebnis der Aufnahme nicht beteiligt sind.

Prozentual berechnet kamen auf je 100 Mitglieder bei den männlichen 0,3, bei den weiblichen 1,0 und bei beiden zusammen 0,8 Arbeitslose. Ein Vergleich über den Umfang der Arbeitslosigkeit unter unseren Mitgliedern in den Vormonaten, sowie in dem gleichen Monat der drei letzten Jahre, ergibt folgendes Bild:

Table with columns: Monat, Arbeitslose Mitglieder am jeweiligen Stichtag (auf der Karte befindlich) in m, w, auf, and Arbeitslose auf je 100 Mitglieder in 1917, 1916, 1915. Rows include months from October 1917 to October 1915.

J. P. Geistige Nahrungsmittelnot. Zeitungen und Bücher, die wichtigsten geistigen Nahrungsmittel des Volkes, leiden jetzt unter dem Krieg so schwer wie die körperliche Nahrung. Das Papier steigt fortwährend in Preise; fast kein Halbjahr vergeht ohne neuen wesentlichen Aufschlag. Alle anderen Materialien der Herstellung sind auf ein Vielfaches des Friedenspreises gestiegen. Trotz der ungeheuerlichen Verteuerung herrscht die größte Knappheit. Die Papierzuteilung erfolgt entsprechend dem Verbrauch des Jahres 1916. Die Zeitungen, die wie die Arbeiterpresse seither bedeutend an Lesern gewonnen haben, erhalten deswegen nicht mehr Papier. Konservativen und kriegsheterische Organe nicht weniger. So ist gewissermaßen das Wahlrecht des Volkes hinsichtlich seiner Lektüre ausgeschaltet.

Gerade die Zeitungen, welche in breiten Kreisen steigende Verbreitung finden, müssen deshalb mit dem geringsten Reaktionsraum vorlieb nehmen. Die wichtigsten Kriegsnachrichten, die bedeutungsvollsten Reden der deutschen und ausländischen Staatsmänner und höchstens noch der laufende Roman nehmen ungefähr den ganzen verfügbaren Platz in Anspruch. Alles übrige muß auf ein äußerst geringes Maß zusammengedrängt werden. Für die politische Erziehung und allgemeine Bildung der Leser sind unter diesen Umständen die Möglichkeiten sehr begrenzt.

Genau so liegt es auf dem Büchermarkt. Die billigen Neclamhefte z. B., die soviel gute Literatur ins Volk getragen haben, müßten ihren Preis verdoppeln. Dabei ist aber der größte Teil der Neclamhefte überhaupt vergriffen und kann aus Papiernot nicht neugedruckt werden. Und ginge es nach den wirklichen Herstellungskosten, müßte die Verteuerung noch wesentlich größer sein. Der Hunger nach guter geistiger Kost, der durch den Weltkrieg doppelt stark geworden ist, kann nicht befriedigt werden. Unzählige Klassiker Ausgaben sind vergriffen, die Cottlards Goethe Ausgabe kann aus Papiernot nicht mehr erscheinen. Soweit noch geistige Kräfte vorhanden sind, die Kraft und Zeit zum Schaffen neuer Werte haben, können ihre Arbeiten aus Mangel an Papier nicht gedruckt werden. Das Sommerheft dabei ist, daß die übelste Schuldliteratur immer noch in Massen erscheint. Wie Hans v. Weber im 'Zweifelstisch' feststellte, konnten die leichtesten Romane der Courts-Wähler und Amy Bothe mitten in der größten Papiernot in Auflagen von weit über 200 000 vertrieben werden. Auch

das Erscheinen des Karl-May-Jahrbuchs hat der Papiermangel und die ungeheure Teuerung allen Buchmaterials nicht gehindert, genau wie bei der körperlichen Nahrung der Ersatzmittelschwindel immer noch genügend Rohstoffe fand.

Zeitungsweisen und Buchverlag haben sich vom Kriegswunder vollständig freigehalten. Nur eine Erscheinung zeigt sich, welche mit dem Gleichgewicht in Vergleich gesetzt werden könnte: die Sonderversorgung der neuen Reichen mit Luxusausgaben. Es sind eine Anzahl neuer Verlage entstanden, welche Brauchausgaben auf handgeschöpftem Wälden- oder Japanpapier in Seidenband oder Leder herstellen und zu ungeheuren Preisen an die Broten und Snobs verkaufen, denen es mehr auf den Einband und die Illustrationen als auf den Text, mehr auf die Ausstattung als auf den Sinn des Buches, mehr auf seine dekorative Wirkung im Bücherregal als auf seine geistige Aufnahme ankommt. Auch für diese Vertriebswege vorgeträumter geistiger Bedürfnisse bei eitlem Karrenfuß haben die kostspieligen Rohstoffe nie gefehlt; die geforderten Preise sind freilich auch ungeheuerlich.

So schwierig organisatorisch heute keine gründliche Besserung der materiellen Lebensmittelförderung sein mag, so leicht wäre es, der geistigen Not abzuwehren. Dazu bedürfte es nur einigen guten Willens bei den Reichsstellen und den Kultusministerien der Einzelstaaten. Es brauchte wirklich nicht so zu sein, daß die unüblichsten Veröffentlichungen mit den notwendigsten Kulturarbeiten schematisch auf eine Stufe gestellt werden. Hier wäre Ungleichheit, die nach dem Wert auswählt, höchste Gerechtigkeit. Unter den ungeheuren Entbehrungen des Krieges sollte die Regierung dem Volk nicht unnütz den Verzicht auf zwei wertvolle kulturelle Güter zumuten: die guten Bücher und die reichhaltigen Zeitungen.

Arbeitsgemeinschaft bayerischer Verbände und Vereinigungen der graphischen Gewerbe. Die sich unter diesem Namen bei angeblich starker Beteiligung gebildete Arbeitsgemeinschaft will die graphischen Gewerbe in Bayern fördern, indem sie den Kriegs-, Staats- und sonstigen Behörden in ihren, die graphischen Gewerbe berührenden Maßnahmen Vorschläge macht und Gutachten erstattet und die Bestrebungen der Verbände und Vereinigungen zur wirtschaftlichen Förderung der graphischen Gewerbe unterstützt. Auch will sie durch die Arbeitsgemeinschaft die behördlichen Austräge unter die Mitglieder der angeschlossenen Verbände und Vereinigungen verteilen. Zu diesem Zwecke stehen ihr Sachauschüsse des Buch- und Steinbruchs zur Seite. Diese Sachauschüsse, bestehend aus je vier Mitgliedern, werden von dem der Arbeitsgemeinschaft angeschlossenen Fachverband gewählt. Ob und in welcher Weise auch Vertreter unserer Bezirke hieran beteiligt sind, erzieht sich unserer Kenntnis.

Bucheinbände aus Klippschicht. Das Deutsche Kulturmuseum enthält eine Sammlung von Bucheinbänden aus Klippschicht, die, wie die Zeitschrift des Deutschen Vereins für Buchwesen und Schrifttum mitteilt, von dem Landsturmann Franz Martini gefertigt sind. Die Häute sind äußerst zäh, dabei von einem gefälligen Farbton. Auch früher sind schon Fischhäute zu Pergament und Leder verarbeitet worden.

Ausichten der Papiergewerbe-Industrie für die Friedenszeit. Der Verband Kölner Großfirmen hatte am 30. Oktober eine Versammlung veranstaltet, in der die Herren Dr. Hölcher, Leiter der Ersatzstoffabteilung der Reichsbelegungsstelle, und Professor Ubbelohde, Leiter des Deutschen Forschungsinstitutes für Zelluloseabfälle in Karlsruhe, Vorträge hielten. Dr. Hölcher wies auf die großen Fortschritte der Ersatzstoff-Industrie während der kurzen Zeit ihres Bestehens hin. Für die Friedenszeit werde man an dauernde Anfertigung von Kleidungsstücken wohl nicht denken können. Oberbekleidung aus Papier würde uns trotz aller Verbesserung in einer erheblichen Weise belasten von den andern Kulturvölkern zu unserem Nachteil unterscheiden, weshalb dieser Gedanke fallen müsse. Unterleitung könne schon deshalb nicht dauernd in Betracht kommen, weil den Papiergespinnsten die Fähigkeit fehle, die Ausbildungen des menschlichen Körpers aufzufangen, was ein auf die Dauer unerträglich gesundheitlicher Nachteil sei. Nichtsdestoweniger bleibe der neuen Industrie noch ein weites Feld der Betätigung übrig. Dieses Feld möglichst weit auszubehnen und gründlich zu bebauen, liege im dringenden Interesse unserer Volkswirtschaft, da wir dadurch im Rohstoffbezug vom Auslande unabhängiger würden. Professor Ubbelohde vervollständigte diese Ausführungen nach der technischen Seite hin. (Kölner Zig.)

Für unsere Krieger und ihre Angehörigen.

x. Erhöht die Renten der Kriegesbeschädigten! Die neue Regierung marschiert mit großen Schritten vorwärts zur Demokratie und zum Friedensziel. Volksstaat und Völkerverbund sind ihre Brennpunkte. Je mehr sie davon bewirkt, um so fester findet sie Beifall und Treue der Volksmassen.

Aber sie darf dabei die dringendsten sozialen Nöte des Tages nicht übersehen. Am wenigsten bei den Männern, die für Deutschland gekämpft haben, bei den Kriegesbeschädigten, denen sich seit Monaten eine immer trübere Stimmung bemächtigt.

Die Renten der Kriegesbeschädigten werden heute noch bezahlt nach den Sätzen, die einst in fernem Friedenszeitalter bei einem ganz anderen Geldwert festgesetzt wurden. Unausgesetzt brien die Kriegesbeschädigten um Teuerungszulagen; endlich im Sommer wurde denen, die über 50 Prozent der Erwerbsfähigkeit verloren hatten und bedürftig waren, eine kleine Zulage gewährt. Jetzt errierte eine Anfrage des Abgeordneten Davidsohn im Reichstag daran, daß sogar diese winzigen Teuerungszulagen noch immer nicht überall ausgezahlt werden!

Die Rentenfestlegung unterliegt heute ganz dem Gutdünken der Stabsärzte und Militärbehörden. Der Kriegesbeschädigte selbst hat keinerlei praktisch brauchbare Rechtsmittel. Jeterlich hatte die Versorgungsabteilung des Kriegsministeriums für den Herbst eine Abänderung des Mannschaftsversorgungsgesetzes versprochen, durch die ein geordnetes Rechtsverfahren nach Art der sozialen Versicherung geschaffen werden sollte. Nichts von diesem Gesetz ist zu sehen und zu hören. Es lagert bei irgendeinem Ministerialdirektor ab.

Nicht nur die Kriegesgewinnler und die Besitzer wohlgefüllter Hamsterkäger fürchten den plötzlichen Ausbruch des Friedens, auch die Kriegesbeschädigten müssen vor ihm zittern. Sie wissen, daß, wenn die Munitionskontingente stülft und die vielen Millionen gesunder Männer heimkehren, sie fast sämtlich arbeitslos auf der Straße liegen. Einstimmig haben die Gewerkschaften aller Richtungen sich für den Einstellungsstau der Schwerbeschädigten ausgesprochen — nichts ist geschehen, um den Kriegesbeschädigten Arbeit und Brot zu sichern. Noch immer ist die Fürsorge für die Kriegesbeschädigten auf ein halbes Dutzend Instanzen verzerlet: militärische und bürgerliche, staatliche und kommunale, amtliche, halbamtliche und private. Noch ist kein Schritt dazu getan, die dringend notwendige Zusammenfassung der Kriegesbeschädigtenfürsorge an einer Stelle herbeizuführen.

Die Zeit drängt. Die Kriegesbeschädigten sind in schwerer Sorge, teilweise schon in arger Not. An die Männer der neuen Volkregierung ergeht der dringende Ruf um Hilfe: Vergesse die Kriegesbeschädigten nicht!

Internationales.

SK. Die gewerkschaftliche Internationale. Der Sekretär des holländischen Gewerkschaftsbundes Oudegeest, der während des Krieges die internationalen Beziehungen zwischen den Arbeitern der kriegführenden Mächte vermittelt, versandte folgendes Rundschreiben an die der Internationale angeschlossenen Gewerkschaften:

„Sie werden ersucht, so schnell als möglich Delegierte für die internationale Gewerkschaftskonferenz zu ernennen, die zu gleicher Zeit und in derselben Stadt wie die Friedenskonferenz stattfinden wird. Tagesordnung: 1. Annahme neuer Satzungen; 2. Diskussion über die Verlegung des Internationalen Sekretariats von Berlin; 3. Sozialreform und Friedensvertrag (die Programme von Leeds und Bern); 4. Ernennung einer Kommission von Gewerkschaftsvertretern zur Friedenskonferenz.

Zur Erklärung möge folgendes dienen: Obwohl Zeit und Ort der Friedenskonferenz noch nicht genau bekannt sind, darf man doch hoffen, daß die Friedensverhandlungen nicht mehr lange auf sich warten lassen werden. Es ist deshalb wichtig, daß die Gewerkschaften aller Länder beizeiten Maßregeln ergreifen, um nicht nur die internationalen Beziehungen zu erweitern, sondern auch die Lebensinteressen der Arbeiterklasse in tatkräftiger Weise zu verteidigen. Während des Krieges zeigte es sich oft, daß eine internationale Konferenz der Gewerkschaften nötig sei. Ich erinnere an die Beschlüsse von Leeds (1916) und Bern (1917) und an den Antrag des amerikanischen Gewerkschaftsbundes, eine Arbeitervertretung auf dem Friedenskongress zu verlangen.

Ich ersuche Sie deshalb, so schnell als möglich eine Delegation von höchstens zehn Mitgliedern zur Konferenz zu wählen und mir deren Namen mitzuteilen, ebenso

etwaige Zusatzanträge zur Tagesordnung einzusenden. Sobald Zeit und Ort der Konferenz bekannt sind, werden Sie nähere telegraphische Nachricht erhalten.

Ich vertraue, daß, nachdem die Vertreter der kapitalistischen Regierung darüber einig sind, sich zusammen an den Konferenztisch zu setzen, auch die Vertreter der Arbeiter der Welt zu einer gemeinsamen Konferenz zusammentreten werden, um die Grundlagen aufzurichten für eine neue Gesellschaft, in welcher Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit keine leeren Worte bleiben werden."

Rundschau.

x. **Wohnungsfürsorge in Preußen.** Die Wohnungsgesetzkommission des Preussischen Abgeordnetenhauses hat beschlossen, an die Regierung das Ersuchen zu stellen, dahin zu wirken, daß für die Ausführung der notwendigen Ausbesserungen zur Erhaltung der Wohngebäude und für Herstellung von kleinen und Mittelwohnungen zur Befriedigung der Wohnungsnot in geeigneter Weise die erforderlichen Baumaterialien freigegeben werden; daß ferner fiskalisches Bauholz außer Gemeinden und gemeinnützigen Vereinigungen unter denselben Bedingungen wie diesen auch Privatkaufunternehmern geliefert werde, wenn sie die volle Gewähr dafür bieten, daß das Holz lediglich zum Hausbau Verwendung findet.

Die Beratung wandte sich dann dem Konserativen Antrage nach Schaffung ausreichender Wohnungen, insbesondere auf dem platten Lande, zu. In Verbindung damit wurde ein Gesetzesentwurf betr. die Bewilligung von Staatsmitteln zur Förderung der Bautätigkeit beraten, den dem Plenum als Initiativantrag überreicht werden soll. Dieser Antrag sieht vor, daß der Regierung ein Betrag von 150 Millionen Mark zur Gewährung von Baukostenzuschüssen zwecks Wiederbelebung der Neubautätigkeit und der Errichtung von Wohnbauten und Notwohnungen zur Verfügung gestellt wird. Ein weiterer Betrag von 10 Millionen Mark soll dazu dienen, daß der Staat sich nach Maßgabe des Wohnungsgesetzes mit Stammeinlagen bei gemeinnützigen Bauvereinigungen beteiligen soll. Außerdem soll der Finanzminister ermächtigt werden, zwecks Förderung der Herstellung gesunder Kleinwohnungen die Bürgerschaft für zweite Hypotheken namens des Staates nach Maßgabe des Bürgerschaftsförderungsgesetzes bis zu einem weiteren Betrage von 150 Millionen Mark zu übernehmen. Zwecks Deckung der dem Staate hieraus erwachsenden Verpflichtungen werden 10 Millionen Mark zur Verfügung gestellt. Dieser Betrag wird als Bürgerschaftsförderung der Preussischen Zentral-Genossenschaftskasse nach Bedarf überwiesen werden und ist von ihr besonders zu verwalten. Schließlich steht der Antrag die Bewilligung von 10 Millionen Mark zum Bau von Wohnungen für Arbeiter, die in staatlichen Betrieben beschäftigt sind, und für gering besoldete Staatsbeamte nach Maßgabe der bereits früher erlassenen Gesetze vor.

Die Arbeiterforderungen zur Ubergangswirtschaft sieht das „Correspondenzblatt“ der General-Kommission der Gewerkschaften dahin zusammen, daß die Arbeiter- und Angestelltenorganisationen und ihre politische Interessenvertretung mit aller Kraft wirken müßten.

1. die Sozialisierung der gesamten Wirtschaften zu fördern,
2. den Einfluß der Arbeiter und Angestellten in Verwaltung und Aufsicht aller Wirtschaftsorgane sicherzustellen,
3. die rechtliche und soziale Stellung der Arbeiter und Angestellten auszugestalten,
4. den Arbeiterschutz wesentlich zu fördern und zu verbessern und
5. die politischen Rechte des werktätigen Volkes in Reich, Staat und Gemeinde zu erweitern.

Diese Richtlinien, namentlich der ausschlaggebende erste Punkt, entspringen der Erkenntnis, daß der Krieg die Periode des ungehemmten freien Spiels der Kräfte zum Abschluß gebracht hat. Die Entwicklung führte in gerader Linie zur unmittelbaren Leitung der gesamten Wirtschaft durch den Staat. Dieser Wechsel der Wirtschaftsverhältnisse fiel zusammen mit einer grundlegenden Veränderung der Stellung der Arbeiterklasse zum Staat. Wenn sozialdemokratische Reichstagsfraktion und Leitung der Gewerkschaften seit Kriegsbeginn auf dem Boden der Landesverteidigung stehen, so lagen sie es in der Erkenntnis, daß das deutsche Volk einen Existenzkampf führte, daß es galt, dem Vernichtungswillen der vereinten Gegner die geschlossene Abwehrkraft des ganzen Volkes entgegenzusetzen, um Deutschlands Abwehrkraft, politische Zurückbildung und wirtschaftliche Erdrosselung zu verhindern. Dem Staat, den man der Verteidigung und Erhaltung für wert erachtete, konnte man nicht länger absehend gegenüberstehen: an Stelle der bloß negierenden staatsfürzenden Politik mußte die staatsauf- und ausbauende Arbeit treten.

Die Forderungen für die Ubergangswirtschaft, welche dieser Gedankenrichtung entsprechen, wurden bereits im Jahre 1917 von allen Gewerkschaftsfraktionen dem Reichstag unterbreitet. Der Reichstagsausschuß für Handel und Gewerbe erörterte sie eingehend und stimmte in Form von Resolutionen ihnen im wesentlichen zu. Insbesondere forderte der Reichstag die Demobilisation aller Wehrpflichtigen, sobald das militärische Interesse sie gestattete, den Einstellungszwang für die Kriegsbefähigten, das Verbot der Anrechnung der Rente auf den Lohn, die reichsgesetzliche Ordnung der Arbeitsvermittlung, auch für die Landwirtschaft, die Arbeitslosenunterstützung aus Reichsmitteln für Heeres- und Hilfsdienstpflichtentlassene; endlich die Heranziehung von Vertretern der Arbeiter und Angestellten für die Ausschüsse der Ubergangswirtschaft. Auf der anderen Seite setzte sich die sozialdemokratische Reichstagsfraktion lebhaft für die Bundesratsverordnung zur Ubergangswirtschaft, zunächst für den Organisationsplan der Textilindustrie, ein, während die Interessenten sich vielfach dagegen sträubten.

Das bisherige Gesamtergebnis dieser Bemühungen um die Ubergangswirtschaft saht der Reichstagsabgeordnete Otto Schumann im „Correspondenzblatt“ dahin zusammen, daß vielversprechende Anfänge vorlägen, und daß es vor allem gelungen sei, durchzuführen, daß die Arbeitervertreter nicht auf die „reinen“ Arbeiterfragen beschränkt werden; es wurde vielmehr anerkannt, daß jede Wirtschaftsfrage, Rohstoffbeschaffung, Baluta und alle Einzelheiten der Erzeugung die Arbeiterschaft und ihre Vertreter in außerordentlich hohem Maße angeht. „Der deutsche Arbeiter weh.“ schließt Schumann, „welche Bedeutung die

deutsche Industrie und der deutsche Welthandel für seine ganze fernere Existenz haben. Und deshalb will er mit täglich feil am Wiederaufbau unserer gesamten Wirtschaft, auf allen Gebieten als gleichberechtigter Faktor entsprechend seiner Bedeutung im deutschen Wirtschaftsleben.“

Reichsrentscheine als Zahlungsmittel. Infolge der Knappheit von Geldumlaufmitteln hat der Bundesrat beschlossen, daß die am 2. Januar 1919 fällig werdenden Rentscheine der fünfprozentigen Reichsriegenscheine als „gesetzliches Zahlungsmittel“ gelten sollen. Die Ungewohntheit dieses Zahlungsmittels hat wohl mit Veranlassung gegeben, daß bei Auszahlung von Löhnen die Arbeiter vereinzelt die Rentscheine zurückgewiesen haben. Es sei deshalb ausdrücklich darauf hingewiesen, daß die als Zahlungsmittel erklärten Rentscheine gleichwertig und gleichberechtigt sind mit allen anderen anerkannten Zahlungsmitteln, besonders mit dem Papiergeld. Sie müssen zu dem auf den Scheinen aufgedruckten Betrage nicht nur von allen öffentlichen Kassen, sondern auch im privaten Verkehr als Zahlungsmittel angenommen werden. Sie sind besonders kenntlich durch einen grünen Unterdruck und durch ein deutliches lateinisches „a“ in der rechten oberen Ecke, sowie durch den Vermerk: „Halbjährige Zinsen zahlbar am 2. Januar 1919 mit 2 Mark 50 Pf.“ oder 5 Mark, 12 Mark 50 Pf., 25 Mk., 50 Mark, 125 Mark, 250 Mark, 500 Mark. Die oberste Reihe des Aufdrucks lautet bei allen diesen Rentscheinen „pro. Anleihe des Deutschen Reiches von 1915“ oder 1916, 1917, 1918 („uk. 24“). Ebenso tritt keine Entwertung der Rentscheine ein. Entsprechend dem die Fälligkeit bezeichnenden Aufdruck werden sie vom 2. Januar 1919 ab gegen andere gesetzliche Zahlungsmittel eingetauscht. Bis dahin sind sie, wie bemerkt, selbst gesetzliches Zahlungsmittel. Die Arbeiter erfahren also nach keiner Richtung hin eine Schädigung, wenn sie diese Rentscheine in Zahlung nehmen.

Gau XI/XIII. Frankfurt-Mannheim.

Die Gaukasse hat beim Postfachamt Frankfurt am Main ein Postcheckkonto eröffnet, das unter Nr. 41199, Heinrich Reib, Gaukassierer in Frankfurt a. M., Stolbeistr. 13, II, Zimmer 22, geführt wird. Bei Geldbewegungen an die Gaukasse wolle man für die Folge immer die Gauen Zahlkarten, keine Kontonummern benutzen. Dabei ist obige Kontonummer und Adresse anzugeben und auf dem Abschnitt der Zahlkarte zu vermerken, wofür das überwiesene Geld bestimmt ist. Das Porto Zahlkartengebühr beträgt bei Sendungen bis zu 25 Mk. 5 Pf. und über 25 Mk. 10 Pf.

Der Gauvorstand.

Abrechnungen

Vom 3. Quartal gingen weiter bis zum 12. November bei der Verbandskasse ein: Von Brandenburg mit 100 Mk., Frankfurt a. O. 96 Mk., Bera 100 Mk., Halle 250 Mk., Reiz — Mk., Karlsruhe 200 Mk., und von Regensburg mit 24,83 Mk.

G. Hauelsen.

Ortskrankenkasse der Buchbinder und verwandter Gewerbe zu Berlin.

Einladung
zu der am **Dienstag, den 26. November 1918, abends 7 1/2 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“**, Engelauer 15, Saal 3, stattfindenden **Ordentlichen Ausschuss-Sitzung.**
Tagesordnung:

1. Protokollverlesung.
 2. Beschlußfassung über den Voranschlag 1919.
 3. Abänderung der Dienstordnung.
 4. Wahl einer Kommission zur Abnahme der Jahresrechnung für 1918.
 5. Verschiedenes.
- Pünktliches Erscheinen erwartet
Der Vorstand.
J. H.:
Herm. Hauba, Vorsitzender. Fr. Reefe, Schriftführer.

Papierhandlung

mit kleiner Buchhandlung, fester Journalistik, Leihbibliothek, Leder- und Galanteriewaren, erste am Platz, fast konkurrenzlos, in großer, aufstrebend, lebhaften rechtserhein. Wilkenort. Nähe Großstadt, tranthetisch halber sofort mit kompletter guter Einrichtung für 5000 Mk. veräußert. Groß Warenvorrat unterm Wert. Wohnung am Laden. Gr. Lagerräume vorhanden. Will. Wiets. Regter Jahresumsatz 94000 Mk. Raffend für Buchbinder, da solcher fehlt. Schnellste Angebote unter: **K. S. 7861** befördert Rudolf Woffe, Köln.

Unserem lieben Kollegen
Friedrich Reingruber
zu seinem 25 jährigen Verbands-jubiläum die herzlichsten Glück-wünsche.
Die Geschäfts-Vorstand.

Zahlstelle Berlin.
Nachruf.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unsere Kolleginnen und lang-jährigen Mitglieder
Marie Gnacinski
Elisabeth Reibholz
plötzlich gestorben sind.
Ehre ihrem Andenken!
Die Ortsverwaltung.

Gau 12 (Sachsen).
Am 30. Oktober ist unser werter Kollege und langjähriger Vertrauensmann
Paul Riedel
im Alter von nur erst 25 Jahren nach kurzer schwerer Krankheit gestorben. Wir werden sein Andenken immer in Ehren halten.
Der Gauvorstand.

Zahlstelle Konstanz.
Unser lieber Kollege
Wilhelm Wendler
ist im Felde gefallen. Wir werden ihm ein dauerndes Andenken bewahren. Die Ortsverwaltung.
Schneldl, weißbuchen, empf. J. Habel, Gersfeld, Gesundheitsstr. 74